

MITTWOCHSKOLUMNE

Die Gas-Streitigkeiten zwischen der Ukraine und Russland sind zu einer bösen Silvestertradition geworden. Seit 2005 wird in den europäischen Ländern fast jeden Dezember „Gas-Alarm“ geschlagen. Nachdem dann im Januar die Lieferungen wieder aufgenommen werden, vergisst man die Gefahr bis zum nächsten Jahreswechsel.

Warum verhalten sich europäische Politiker so kurz-sichtig? Warum gibt es diese Konflikte zwischen den früheren sowjetischen Wirtschaftsräumen? Wie könnte Europa dem vorbeugen? Wer ist an den „Gas-Kriegen“ interessiert? Von außen betrachtet, lassen sich die drei letzten Fragen leichter beantworten.

Jeder russisch-ukrainische „Gas-Krieg“ birgt politische Gründe. Erinnern wir uns: Früher hat Moskau seine Gaslieferungen nach Westeuropa niemals eingestellt. Weder im Kalten Krieg noch zu Zeiten seiner wirtschaftlichen

Zerrüttung Anfang der 1990er Jahre. Der erste Konflikt entlud sich nach der sogenannten Orangenen Revolution in der Ukraine, als klar wurde, dass sich Kiew für eine Annäherung an Nato und EU entschieden hatte. Moskau bestrafte die Ukraine für „den Verrat“ und zeigte, dass Unabhängigkeit wirtschaftlich abgesichert sein sollte.

Der jüngste Streit hat ein paar neue Hintergründe. Erstens: Kurz davor unterzeichneten die Ukraine und die USA ein Abkommen über strategische Partnerschaft. Am 9. Januar wurde ein ähnliches Dokument zwischen den USA und Georgien beschlossen. Das heißt, die Europäer wurden zu Geiseln im Kampf zwischen den USA und Russland um den post-sowjetischen Raum.

Zweitens: Der aktuelle Streit entwickelte sich unter neuen makroökonomischen Bedingungen. Die weltweite Wirtschaftskrise verschärft al-

Von außen betrachtet



Andrey Kobayakov

Gas-Workshop für Europäer

Der russische Journalist arbeitet für die Internet-Redaktion der „Deutschen Welle“. Er schreibt heute zum Thema Gas-Streit

le geschäftlichen Streitigkeiten, und die gesunkenen Ölpreise zwingen Russland, hart zu agieren.

Drittens: Ein weiterer Konfliktgrund ist das innenpolitische Durcheinander in der Ukraine. Der Machtkampf

zwischen den früheren Gefährten, der Premierministerin Julia Timoschenko und dem Präsidenten Wiktor Juschtschenko, erschwert die Situation nicht nur, sondern wird selbst instrumentalisiert. So gibt es Gerüchte, dass der jetzige Gas-Streit nach Absprache mit ukrainischen Oppositionspolitikern initiiert wurde. Auch das alte Feindbild taucht wie immer auf: Russische Medien streuen Informationen, wonach die ukrainische Partei von Washington dirigiert wird.

Viertens: Der Kreml nutzt die Gas-Krise, um sein Projekt „Nordstream“ zu forcieren. Die Entwicklung der Ostsee-Pipeline geht immer auf Widerstandes einiger EU-Staaten nur schleppend voran. Es ist sicher kein Zufall, dass kurz nach dem Beginn des Konfliktes die entsprechende Pressekonferenz von „Nordstream“-Chef Gerhard Schröder stattfand.

Das Projekt ist trotz allem

eine der pragmatischsten Lösungen. Wie eine Studie der Beratungsgesellschaft A. T. Kearney zeigt, wird Europas Abhängigkeit vom russischen Gas in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Der Studie zufolge steigt der Importbedarf bis zum Jahr 2020 um knapp 70 Prozent. Dafür reichen die derzeitigen Pipeline-Kapazitäten von Russland nach Europa aber nicht aus.

Klarer Sieger der Situation ist übrigens die Europäische Kommission. Der Gas-Streit gießt Wasser auf ihre Mühlen. Das Bestreben Brüssels nach einer einheitlichen internationalen Energiestrategie gewinnt selbst bei Euro-Skeptikern immer mehr Verständnis. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass in den 70er Jahren das Öl-Embargo der arabischen Länder den ersten internationalen Anstoß gab, in der Energiepolitik umzudenken und neue Technologien zu entwickeln.

AKTUELLES IN KÜRZE

HESSEN

Koch gibt Gas

Die Verhandlungen über eine schwarz-gelbe Koalition sollen möglichst bis zur konstituierenden Sitzung des Landtags am 5. Februar abgeschlossen sein. CDU-Chef Roland Koch will „so schnell wie möglich arbeiten“.

Ypsilanti: Verfahren

Ein mittelhessischer SPD-Ortsverein hat ein Parteiordnungsverfahren gegen die zurückgetretene Landeschefin Andrea Ypsilanti beantragt. Ziel ist die Rückgabe ihres Landtagsmandats. Das kann allerdings nicht mit einem Parteiordnungsverfahren erzwungen werden.

NAHOST

Ban Ki Moon in Gaza

Zwei Tage nach Inkrafttreten der Waffenruhe hat UN-Generalsekretär Ban Ki Moon gestern den Gazastreifen besucht. Er wollte sich dort ein Bild von der Zerstörung machen. Nach den letzten palästinensischen Angaben ist die Zahl der Opfer der israelischen Militäroffensive auf 1414 gestiegen.

Das Datum

21. Januar 1997: Bundeskanzler Helmut Kohl und der tschechische Ministerpräsident Vaclav Klaus unterzeichnen in Prag eine Aussöhnungserklärung.
21. Januar 1954: Das erste atomar betriebene U-Boot „USS Nautilus“ läuft in den USA vom Stapel.
21. Januar 1793: Der abgesetzte und zum Tode verurteilte französische König Ludwig XVI. wird öffentlich enthauptet.

ITALIEN

448 Flüchtlinge

Auf der süditalienischen Insel Lampedusa sind erneut 448 Bootsflüchtlinge gelandet. Die Immigranten – darunter 40 Frauen, 28 Minderjährige und ein Säugling – waren in zwei Booten unterwegs. Im Auffanglager der Insel halten sich jetzt 1800 Menschen auf. Da es nur für 700 ausgelegt ist, steht das Lager vor einem Kollaps.

SOMALIA

Lösegeld gesenkt

Somalische Piraten sollen ihre Lösegeldforderung für ein vor drei Wochen gekapertes ägyptisches Schiff von fünf auf drei Millionen US-Dollar gesenkt haben. Wie ein Sprecher der ägyptischen Reederei New Marine erklärte, haben sich mehrere somalische Vermittler in die Verhandlungen eingeschaltet.

JEMEN

Deutsche Geisel frei

Der am Sonntag im Jemen entführte deutsche Ingenieur ist wieder frei. Auch zwei mit ihm zusammen verschleppte jemenitische Kollegen wurden von den Entführern freigelassen. Die Männer wurden in der Nacht in der Hauptstadt Sanaa erwartet.

EL SALVADOR

Sieg der Linken

Bei der Parlamentswahl in El Salvador ist die linksgerichtete FMLN wieder zur stärksten Kraft geworden. Die frühere Guerillagruppe gewann landesweit 50 Prozent der Stimmen.

BAYERN LOCKERT RAUCHVERBOT

Das Kabinett hat eine Neuregelung des Nichtraucherschutzes beschlossen. Das neue Gesetz soll ab 1. August das bisher strikte Verbot lockern, aber gleichzeitig die Zahl der Raucherclubs eindämmen.

Mit Volldampf rückwärts



Jetzt wieder vollständig erlaubt: Raucher auf dem Münchner Oktoberfest. FOTO: DPA

Ein halbes Jahr noch herrscht in Bayern Chaos mit Rauchverbot und Raucherclubs, dann soll Schluss sein. Die Staatsregierung hat sich auf ein neues Gesetz verständigt, das ab 1. August Bayerns Gastronomen und Gäste befrieden soll.

VON CARSTEN HOEFER UND CHRISTIAN DEUTSCHLÄNDER

München – Bei der Reform des Rauchverbots gilt eine neue Devise in der Staatskanzlei: Mit Volldampf rückwärts. Fünfzehn Monate nach dem Auszug Edmund Stoibers aus der Regierungszentrale hat die schwarz-gelbe Koalition seines Nachfolgers Horst Seehofer einen Gesetzentwurf beschlossen, der dem ursprünglichen Entwurf der Stoiber-Regierung aus 2006 stark ähnelt.

Es ist die Rückkehr an den Ausgangspunkt. Denn Stoiber und sein damaliger Gesundheitsminister Werner Schnappauf wollten von Anfang an das Rauchen in Bier- und Festzelten sowie in Nebenräumen von Gaststätten vom Verbot ausnehmen. Nach zweieinhalb Jahren politischer Qualbildung bleibt die CSU gesundheitlich angegriffen zurück.

Schnappauf schwante früh Böses: „Wir haben im Kabinett Kollegen, die gerne rau-

chen“, sagte er unserer Zeitung im August 2006. „Das wird keine einfache Diskussion.“ Die Vorhersage erwies sich als völlig korrekt. Die Landtags-CSU warf ein gutes Jahr später selbst alle Vor-sicht über Bord. Weil mehrere Dutzend Abweichler eine Lockerung forderten, beschloss in einer Gegenreaktion die Mehrheit unter Führung ihres Fraktionschefs Georg Schmid, alle Ausnahmen in

der Gastronomie komplett zu streichen.

Wirtel liefen Sturm dagegen. Im Gesundheitsministerium residiert als Hausherr inzwischen Markus Söder. Er dreht das Gesetz nun zurück – eine Forderung aus dem Koalitionsvertrag mit der FDP. Wer da wen angetrieben hat in der neuen bayerischen Koalition, ist hinterher kaum feststellbar. Der CSU liegt viel daran, das ungeliebte Gesetz

nachzubessern, um bei den nächsten Wahlen nicht wieder abgewatscht zu werden. Wenngleich bisher nicht messbar war, wie viele Stimmen das Verbot kostete, gilt es als eine der Ursachen für das 43,4-Prozent-Landtags-Desaster.

Für die FDP ist das Gesetz eine gute Vorlage, um sich als liberale Kraft zu präsentieren. „Das Gesetz atmet endlich den Geist von ‚Leben und le-

„Raucherclubs braucht es jetzt nicht mehr“

Bayerns Gesundheitsminister Söder erklärt die Details des neuen Gesetzes – Kontrollen werden vereinfacht



Markus Söder, Gesundheitsminister, über das neue Rauch-Gesetz

■ **Alle paar Monate eine neue Raucher-Regelung – blicken Sie selbst noch durch?**

Ja. Wichtig ist, dass wir den Nichtraucherschutz auf hohem Niveau halten, aber gleichzeitig wieder Rechtsfrieden in die Wirtschaft bringen. Gleiches gilt für die Bierzelte. Die enorme Zahl der Raucherclubs hat gezeigt, dass das alte Gesetz nicht praktikabel war.

■ **Ihr Ministerium ist ja schuld an den Raucherclub-Schlupflöchern im Gesetz. Klappt's diesmal handwerklich besser?**

Wir haben jetzt einen ausgewogenen Kompromiss mit einem hohen Maß an Jugendschutz und einigen der Lebenswirklichkeit entspre-

chenden Ausnahmen. Zum Beispiel darf in Nebenräumen von Gaststätten, in kleineren Bars oder Dorfkneipen geraucht werden, wenn sie als Raucherlokale gekennzeichnet sind. Das ist für alle klar und nachvollziehbar. Es entspricht der bayerischen Philosophie von „Leben und leben lassen“.

■ **Werden Sie die Raucherclubs verbieten?**

Raucherclubs braucht es jetzt nicht mehr. Entweder eine Gaststätte mit mehreren Räumen richtet einen Nebenraum ein oder eine sogenannte Einraum-Gaststätte bis 75 Quadratmeter Größe erklärt sich zum Raucherlokal.

■ **Ein Lokal kann sich doch nach wie vor zur ge-**

schlossenen Gesellschaft erklären, ohne dass Sie das verhindern können.

Eine Familienfeier kann nach wie vor eine geschlossene Gesellschaft bleiben.

■ **Ja, aber wie verhindern Sie konkret künftig die Bildung von Raucherclubs?**

Die Gastwirte haben bis zum 1. August Zeit, sich auf die Si-

tuation einzustellen. Damit kommt man den Wirten entgegen. Am Ende braucht es jedoch eine klare Regelung, die den Jugend- und Nichtraucherschutz stärkt.

■ **Bürokratisch ist diese 75-Quadratmeter-Zählerei ja schon!**

Das ist die Grundlage, die das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber vorgibt. Daran orientieren wir uns.

■ **Rauchergaststätten müssen künftig ein Schild an der Tür haben und darauf hinweisen. Wie wird das aussehen? Ein großes blaues „R“?**

Eine Einraum-Gaststätte, die sich für das Rauchen entscheidet, muss dies am Eingang kenntlich machen.

■ **Wie läuft das mit den Kontrollen? Die Kreisverwaltungsbehörden hatten ja bisher schon keine Lust, Ihr Verbot zu überwachen. Es ist jetzt wesentlich einfacher: Die Behörden vor Ort müssen darauf schauen, wie groß die Gaststätte ist und ob sie einen Nebenraum hat.**

■ **Wenn Sie abends mal in Ihrer Lieblingskneipe ein Bier trinken gehen und sich den Ministerfrust von der Seele reden – wird da eigentlich geraucht?**

Ein bayerischer Staatsminister kennt keinen Frust. Außerdem habe ich viel zu wenig Zeit, um öfters in die Kneipe zu gehen.

Das Interview führte Christian Deutschländer

Im Überblick

In öffentlichen Gebäuden, Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, Bildungseinrichtungen für Erwachsene, Einrichtungen des Gesundheitswesens, Heimen, Sportstätten und Flughäfen bleibt das Rauchverbot.

In Festzelten, die nur vorübergehend betrieben werden – etwa auf der Wiesn – wird das Rauchen generell erlaubt.

In Einraum-Gaststätten mit weniger als 75 Quadratmetern Gastfläche und ohne abgetrennten Nebenraum wird das Rauchen erlaubt. Bedingung: Das dürfen keine Speiselokale sein, sie dürfen also nur kalte oder einfach zubereitete warme Speisen servieren. An der Tür muss klar auf die Raucherlaubnis hingewiesen werden. Minderjährige haben keinen Zutritt.

In Mehrraum-Gaststätten und Kultur- und Freizeiteinrichtungen mit mehreren Räumen kann der Verantwortliche in einem gekennzeichneten Nebenraum das Rauchen zulassen. Der Nebenraum muss vollständig abgetrennt sein. Minderjährige müssen draußen bleiben.

Eine Innovations-Klausel im Gesetz besagt, dass zusätzliche Ausnahmen per Rechtsverordnung erlaubt werden können, wenn Wirte hochwertige Geräte zur Luftreinigung oder Entlüftung aufstellen.

In Discos kann das Rauchen in einem Nebenraum gestattet werden, wenn darin keine Tanzfläche ist. Auch hier haben Minderjährige keinen Zutritt.

Raucherclubs soll es künftig nicht mehr geben. Der entscheidende Zusatz im Gesetz: „soweit sie öffentlich zugänglich sind“ wird gestrichen.

Familienfeiern bleiben vom Rauchverbot ausgenommen als, wie es die Staatsregierung formuliert, „echte geschlossene Gesellschaften“. Raucherclubs sind demnach keine geschlossenen Gesellschaften.

In Privaträumen gilt weiterhin kein Rauchverbot. Hier kann der Gesetzgeber nichts vorschreiben. Auch im Auto gilt kein Rauchverbot.

In Zügen hält die Deutsche Bahn das Rauchverbot aufrecht.

Das neue Gesetz gilt ab 1. August 2009, wenn der Landtag zustimmt. Vorher soll im Parlament eine Anhörung von Verbänden und Betroffenen stattfinden. cd/mm